Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 23 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5669 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20519

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 15. Januar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Berlinerstr. Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6295. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Dank der umfassenden Absperrungsmaßregeln der Sicherheitswehr konnten die Sitzungen der Nationalversammlung ungestört vor sich gehen. Berlin war ruhig.

* Die Gothaer Landesvertreter haben aus des Herzogs gestohlenem Vermögen einen Bildungsfonds gegründet.

* Nach der „Voss. Zeitung" hat der Reichsschatzminister Mayer-Schwaben sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

* Die Vereinigten Staaten werden wohl auf ihren Anteil an der Tonnage der abgelieferten deutschen Schiffe verzichten, aber den Anteil der deutschen Tonnage beanspruchen, der als Wiedergutmachung für die in Scapa Flow versenkten deutschen Schiffe abzuliefern ist.

* Die Friedensbedingungen der Alliierten werden der ungarischen Delegation heute nachmittag im Ministerium des Auswärtigen übergeben werden.

* Baseler Blätter bringen die Mitteilung, wonach in Italien der Streik der gesamten Post- und Telegraphenbeamten ausgebrochen ist, weil die Regierung die finanziellen Forderungen nicht bewilligt.

Gegen die wilden Eisenbahnerstreiks

Berlin, 14. Januar.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat gestern folgende Weisung an alle Eisenbahndirektionen gegeben:

„Die letzten Ereignisse lassen keinen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturze der Regierung ist, die von langer Hand von den Kommunisten und Syndikalisten veranstaltet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle unbedingte Notwendigkeit. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen mich bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Rebenarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Alle Anordnungen zu diesem Zwecke sind ohne jeden Zeitverlust an die Aemter und Dienststellen zu erlassen. Amtsvorstände und Dienststellenvorsteher haben sich persönlich für die glatte Durchführung dieser Anordnung einzusetzen. Die Beamtenverbände haben ihre Mitglieder in gleichem Sinne aufgerufen, um die staatliche Ordnung und die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Es wird nicht geduldet werden, daß ungezügelte Elemente das Verkehrswesen zerrütten und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen."

Die verlorenen Landesteile

Zusammentritt der Kommissionen.

Nach Ablauf der kommenden Woche, am 24. Januar, treten bereits die Kommissionen zusammen, die unsere Grenzen im Westen, Osten und Süden im einzelnen festzusetzen haben, die bisher nur in großen Linien gezogen sind. Bis zu diesem Tage müssen auch schon die Gebiete, in denen abgestimmt werden soll, von den deutschen Truppen und den deutschen Behörden geräumt sein. In allererster Linie handelt es sich um Schleswig, das bis zum 20. Januar verlassen sein muß. In der nördlichen Zone Schleswigs findet die Abstimmung spätestens in drei, in der südlichen Zone spätestens in fünf Wochen nach der Räumung statt. Im Friedensvertrage steht überdies, daß die Volksabstimmung in Schleswig keineswegs die letzte Entscheidung über das Schicksal des Landes bringen soll, sondern dies liegt endgültig in den Händen der Kommission, der ein Deutscher, ein Däne, und fünf von der Entente zu ernennende Mitglieder angehören. Was dabei herauskommen wird, können wir uns unschwer sagen.

Nach Schleswig wird Ostpreußen mit der Abstimmung an die Reihe kommen. Es ist zwar keine bestimmte Frist im Vertrage festgesetzt und es unterliegt dem Belieben des von der Entente zu ernennenden Ausschusses, wann der Termin anberaumt wird, doch vermutlich kommt der Tag schnell heran. Auch über die Reste von Westpreußen wird gleichzeitig abgestimmt werden. Es handelt sich also um fast den ganzen Regierungsbezirk Allenstein, wie um die Kreise Marienburg — östlich der Weichsel —, Stuhm und Rosenberg. In Oberschlesien findet die Abstimmung nicht vor dem 10. Juli 1920 statt — und nicht nach dem 10. Juli 1921. Die Grenzen des Deutschen Reiches werden dem deutschen Volke und der Welt also erst im Sommer 1921 bekannt sein. Im Westen werden wir sie sogar erst im Jahre 1935 erkennen können. Im Elsaß wird im Laufe von vierzehn Tagen die Betriebseinheit zwischen den Häfen von Straßburg und Kehl hergestellt und soll sieben Jahre bestehen, kann aber nach dem Willen Frankreichs auf neun Jahre verlängert werden. Da die Besetzung des linken Rheinufers ganz in den Belieben der Entente gestellt ist, so können wir es kaum noch zu Deutschland rechnen. Die Zerstörung der deutschen Wehrkraft gemäß dem Willen der Revolutionäre und Pazifisten hat Deutschland in die Knechtschaft gebracht, und nun verzehrt es sich außerdem in Streiks und inneren Kämpfen. Die Regierung redet in ihrer Kundgebung aber heute noch von der „gewonnenen Freiheit"!

Ruhe in Berlin

Berlin, 14. Januar.

Vor dem Reichstagsgebäude und in den Zugangsstraßen nach dem Königsplatz war heute, so drahtet unser hf-Sonderberichterstatter, im Gegensatz zu gestern, alles ruhig. Starke Polizeipatrouillen der Sicherheitstruppe sorgten dafür, daß zweifelhafte Elemente nicht in die Nähe des Parlaments kamen. Spanische Reiter (Drahtverhaue) und Maschinengewehre an Straßenübergängen verstärkten den Eindruck, daß die Polizeiorgane sich nicht zum zweiten Male über die Grenze der Geduld hinwegtreiben lassen werden. Auf dem Platz vor der großen Freitreppe sind die Gewehre in Pyramiden zusammengesetzt. Zerbrochene Gewehrschäfte und halbverwaschene Blutlachen erinnern allein an die gestrigen schrecklichen Ereignisse.

Zwist unter den Radikalen — kein Generalstreik

Berlin, 14. Januar.

Wie verlautet, ist es zwischen den Unabhängigen und Kommunisten infolge der gestrigen Vorgänge zu einem Konflikt gekommen. Beide Parteien schieben einander die Schuld an den blutigen Zusammenstößen in die Schuhe und die Einigkeit der beiden Parteien über die in Zukunft zu befolgende Taktik, die auch schon rein äußerlich durch die Aufnahme und Mitarbeit von Kommunisten im Parteivorstande der Unabhängigen zum Ausdruck kam, ist in die Brüche gegangen. Der Konflikt dürfte dazu führen, daß es voraussichtlich zu einem Generalstreik nicht kommen wird. Ein Generalstreik ist umso weniger zu erwarten, als der gestrige herausgeforderte Zusammenstoß auch von der Arbeiterschaft scharf verurteilt wird. Wie von zuständiger Seite noch mitgeteilt wird, ist die „Freiheit", ebenso wie die „Rote Fahne" nicht nur auf drei Tage, sondern auf unbestimmte Zeit hinaus verboten worden.

Zahl der Opfer

42 Tote, 105 Verletzte.

Berlin, 14. Januar.

Bei den gestrigen Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig feststehen dürfte, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden. Von den Toten befinden sich 21 im Schauhause, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

Die Nationalversammlung

Unser hf.-Sonderberichterstatter drahtet: In der Nationalversammlung ist bei Beginn der Sitzung sowohl vom Reichskanzler Bauer als auch vom preußischen Innenminister Dr. Heine in allen Einzelheiten dargelegt worden, wie Frau Zietz, Herr Zubeil und Herr Braß, während Genosse Geyer im Plenum gegen die Sicherung des Reichstagsgebäudes Protest erhob, draußen die Menge aufstachelten, das Gebäude zu stürmen. Frau Zietz streitet zwar ab, geredet zu haben, doch „ihr Auftreten genügt schon". Und nun nach all dem Ungeheuren hält es Präsident Fehrenbach nicht unter seiner Würde, den Rädelsführern von gestern zur Entgegnung auf den Reichskanzler Bauer das Wort zu erteilen. Die bürgerlichen Oppositionsparteien erhoben gegen diese neue Kapitulation Einspruch, doch vergeblich. Herr Fehrenbach weiß sie mit albernen Glossen zurück, indem er sich brüstet, seine Verständigkeit sei besser als des Verlangen „gewisser anderer Kreise" im Hause. Und die Antwort des Unabhängigen Henke klingt denn auch: Ableugnung aller Schuld und Heuchelei. Als aber der Präsident zum zweiten Male dem Obergenossen Henke das Wort erteilt und ihn gegen den preußischen Innenminister Heine vorschickt, der an der Hand der amtlichen Berichte und zahlreicher Zeugen die Schuld der unabhängigen Mitglieder des „hohen Hauses" an dem gestern vergossenen Blut beweist, bekunden die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien durch die Tat, daß sie mit der „Heldenschar auf den Bänken der Mehrheitsparteien" nichts gemein haben wollen. Sie verlassen den Saal.

Während der ersten Stunden der Nachmittagssitzung war von der Erregung die in den Vormittagsstunden im Hause geherrscht hatte, kaum mehr etwas zu merken. Die Beratung über das Betriebsrätegesetz nahm einen ruhigen Verlauf. Das Haus war schlecht besucht und auf der Ministerbank saß völlig vereinsamt, Reichsarbeitsminister Schlicke. Erst später kam der Außenminister Müller noch dazu.

Von der Auslieferungsliste

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

+ Basel, 14. Januar.

Die „Preßinformationen" melden aus Paris:

Die Konferenz der Vertreter der alliierten Mächte beschloß, die Führer der deutschen Armee, sowie die verantwortlichen Befehlshaber der Flotte und Luftstreitkräfte zur Auslieferung anzufordern. Vom Hause Hohenzollern beabsichtigt man nur den Kaiser und den Kronprinzen, sonst keine weiteren Mitglieder zur Rechenschaft zu ziehen. Die Kommission hat ferner die Auslieferung von Angehörigen des großen Generalstabes und des großen Hauptquartiers beschlossen.

Unabhängige Verteidigung und Betriebsräteberatung

Sitzungsbericht.

(Fortsetzung.)

Berichterstatter Schneider (Demokrat) beendet unter großem Lärm der Unabhängigen seinen gestern begonnenen Bericht über die Ausschußverhandlungen.

Präsident Fehrenbach: Ich halte es für angezeigt, im Interesse der ruhigen Verhandlung, jetzt einem unabhängigen Sozialisten das Wort zur Erwiderung zu geben. (Widerspruch rechts.)

Die Mehrheit stimmt diesem Vorschlag zu.

Abg. Henke (U. Soz.): Meine Partei kann dem Urteil der Geschichte mit Ruhe entgegensehen; es wird sich ergeben, daß alles, was der Reichskanzler an Beschuldigungen gegen sie vorgebracht hat, zurückzuführen ist einesteils auf falsche Informationen, und zum anderen auf eine gewisse Voreingenommenheit des Reichskanzlers gegen meine Partei. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Demgegenüber erheben wir aufs neue die Forderung auf das Recht der Demonstrationen. Der Reichskanzler hat es so hingestellt, als ob wenigstens die Aufforderung zu Ansammlungen ein Verbrechen sei. Das ist eine Engstirnigkeit der Auffassung ohnegleichen. Das Recht auf Demonstrationen ist aufs allerengste verbunden mit den übrigen demokratischen Rechten. (Sehr richtig! bei den U. Soz., Widerspruch rechts.) Gerade die Deutsche Volkspartei sollte ruhig sein; Sie haben doch Beifall gebrüllt, als solche Demonstrationen für Hindenburg stattfanden. Aber Ihr Kampf gegen die Demokratie wundert mich nicht; das einzig sonderbare an der Situation ist, daß auch Vertreter der Arbeiter die Herren von rechts unterstützen. Die Wahrheit wird trotz alledem zum Durchbruch kommen. Sie haben uns allerdings verhindert, jetzt zu den Massen zu reden: Sie haben den Belagerungszustand verhängt, das Mittel, von dem ein italienischer Staatsmann sagte, mit ihm könne auch ein Esel regieren. (Großer Lärm.) Die große Masse der Arbeiter weiß, daß ihnen diese Koalitionsregierung in dem Betriebsrätegesetz ein Zwangsgesetz aufzuerlegen und den Unternehmern ein Schutzgesetz zu geben versucht. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Ebenso weiß sie ganz genau, daß die Regierung bemüht sein wird, den Kapitalismus zu schützen. (Zurufe bei den Soz.) Wenn man zur Anwendung der demokratischen Rechte auffordert, hetzt man dann Leute in den Tod, wie der Reichskanzler sagte? Das ist eine ganz blödsinnige Auffassung. Ihr Zweck ist, die Blutschuld der Regierung von ihr abzuwälzen. Solche Demonstrationen, wie die gestrigen, sind in England z. B. nichts neues. Aber unser

neuer Militarismus

hat den Geist des alten. Darum war es nötig, daß man den Reichstag in eine Festung verwandelte und die Maschinengewehre auf die Massen losließ. Hätte man die Maschinengewehre weggelassen, dann wäre es nicht zu den bedauerlichen Vorgängen gekommen. (Widerspruch und Lachen bei der Mehrheit.) Zweifellos wäre der Nationalversammlung nichts geschehen. (Erneutes Lachen.) Das Wort August Beles bleibt wahr (Zuruf bei den Soz.: „Es ist eine Beleidigung für Bebel, wenn Sie ihn nennen!"): Wenn es zu solchen Vorgängen kommt, dann liegt das an den Fehlern der Regierung, nicht an den Ausschreitungen der Volksmasse. Die große Masse der Arbeiterschaft, die gestern demonstriert hat, hat sich musterhaft benommen. (Lachen bei der Mehrheit.) Gerade wir haben für die Unterzeichnung und Durchführung des Friedensvertrages gesorgt, während der Reichskanzler Bauer sich das noch lange überlegt hat. (Großer Lärm.) Wenn die Kriegsgefangenen erst heute zurückkommen, so hat das die Regierung verschuldet.

Präsident Fehrenbach: Wenn sich der Ausdruck „Blödsinn" vorhin auf die Ausführungen des Reichskanzlers bezogen hat, so muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Henke (fortfahrend): Es muß zu Zusammenstößen kommen, wenn eine solche unfähige Regierung den Volksmassen gegenübersteht, die sich nur dadurch zu helfen weiß, daß sie das Parlamentsgebäude militärisch besetzt. Es wäre angezeigt gewesen, wenn der Präsident heute noch einige Worte hinzugefügt hätte, daß er gestern nicht vermutet hat, daß die Zahl der Opfer so groß ist. Wir sagen angesichts dieser Todesopfer: Wir weisen jede Blutschuld von uns. (Großer Lärm. Zurufe: Nutzt Ihnen gar nichts!) Wir werden die Arbeiter auffordern, von allen ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen gegen eine solche Regierung, gegen eine solche Politik für die Interessen des Kapitals müssen die Arbeiter Front machen.

Sieg oder Tod!

(Großer Lärm. Glocke des Präsidenten. Zurufe: Das war aufrichtig! Aufhetzung zum Klassenhaß! Das werden wir Ihnen nicht vergessen!) Den sozialdemokratischen Führern wurden früher dieselben Vorwürfe gemacht wie jetzt uns; heute sind sie mit die Säuglinge des Kapitals. Gegenüber der Not der durch das Kapital Ausgebeuteten werden wir den rücksichtslosen Klassenkampf beibehalten, den wir von jeher für richtig befunden haben. Wir pfeifen auf die Maßnahmen, die Sie gegen uns getroffen haben, Herr Noske. (Minister Noske: Kommen Sie nur raus! Stürmische Heiterkeit.) Der Sozialismus wird trotz allem siegen.

Präsident Fehrenbach: Daß die Zahl der Opfer höher ist, als mir gestern bekannt war, scheint mir ein zwingender Grund, mein Bedauern heute nochmals zu wiederholen.

Preußischer Minister Heine: Es war nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten ungehindert das Haus betreten konnten. Die Sicherheitsbeamten haben mit unglaublicher Mühe und Gefahr ihres Amtes gewaltet (Sehr richtig!) Sie hatten den Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen, bis das Haus selbst in Gefahr komme. Die Maschinengewehre waren nicht sichtbar aufgestellt, um jeden Vorwurf der Provokation zu vermeiden. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Märchen eines zufällig losgegangenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001151-19/fragment/page=0001

Gewehres kommen Sie uns nicht. Man hat gesehen, wie von der Rampe gewinkt wurde. Die Massen wurden aufgereizt von dem Abgeordneten **Zubeil** und **Frau Zietz**. (Hört, hört! Rufe bei den Unabhängigen: Verleumdung!) Wäre nicht geschossen worden, so wäre die Sicherheitswehr in wenigen Sekunden überwältigt worden, und die Massen wären hier eingedrungen.

Abg. **Frau Zietz** ruft: Das Reichstagsthaus gehört dem Volke, nicht der Sicherheitspolizei.

Minister **Heine** (fortfahrend): Der Bericht der „Freiheit" selbst, der schon gedruckt war, als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Menge zurückgedrängt wurden, daß ihnen die Gewehre und Handgranaten abgenommen wurden. Wir beklagen die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Lärm bei den Unabhängigen.)

Abg. **Henke** (U. S.) erhält unter lebhaftem Widerspruch der Rechten abermals das Wort. Er führt aus, daß Minister Heine die ganze Sache gemacht hat, um Zwangsmaßnahmen gegen das Volk zu begründen. Es ist eine Lüge, wenn er behauptet, wir hätten den Tumult angezettelt. (Ordnungsruf.)

Abg. **Bender** (Soz.) bittet, dem Betriebsrätegesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren beiden Stimmen die Anträge manches von uns bedauerten Antrages verbinden können. Wer sie fehlten bei den meisten Sitzungen, stellten selbst keine Anträge, so brachten sogar Verbesserungsanträge von uns durch Stimmenthaltung zu Fall.

Abg. **Schwarzer** (Ztr.): Das Betriebsrätegesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die Landwirtschaft muß das Betriebsrätegesetz Anwendung finden. Bedenken kann nur das Wahlalter von 18 Jahren erregen, weil es auch politische Rückschläge haben kann.

Abg. **Weinhausen** (Dem.): Die Agitation gegen das Betriebsrätegesetz geht über alles Maß hinaus. Die großen Errungenschaften der Arbeitnehmer werden völlig verschwiegen. Es ist Zeit, daß das Gesetz verabschiedet wird, schon damit ein Schutz gegen die wilden Betriebsräte vorhanden ist. Ausdrücklich beauftragt bin ich, das lebhafte Bedauern meiner Freunde darüber auszudrücken, daß die Regierung ihr Versprechen, noch vor Weihnachten ein Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte einzubringen, nicht erfüllt hat. (Sehr richtig!) Wir erwarten, daß es spätestens in der Februartagung kommt.

Abg. Schiele (Dtschntl.)

Seit Beginn des Deutschen Reiches ist kein Gesetz von so entscheidender Bedeutung, wie dieses eingebracht. Die Begründung des Deutschen Reiches war der Ausgangspunkt für einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn die kühnsten Phantasien nicht für möglich gehalten hatten. Auf die Sozialpolitik, die von Bismarck begonnen wurde, können wir wahrhaft stolz sein. Es war dadurch bewiesen, daß nicht das Geld das Maß aller Dinge sein kann, sondern daß die Brücke zwischen Reichtum und Arbeit geschlagen werden muß, die allein einen gesunden Zustand herbeiführen kann. Es galt die Persönlichkeit des Arbeiters als Mensch im Wirtschaftsbetriebe durchzusetzen. Bei dem guten Willen des Unternehmertums hätte sich die bessere Fundamentierung der Arbeiterinteressen auch ohne den 9. November, auch ohne Betriebsrätegesetz erreichen lassen, auf Grund der Arbeiterausschüsse und des aus den Kreisen herausgeborenen Gedankens der

Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Das ist der einzig dankbare Weg zur Erreichung befriedigender Arbeitsverhältnisse. Daß die Unternehmer die Vorlage ablehnten, trifft nicht zu. (Widerspruch bei den Soz.) Es dürfen in der Neuordnung aber keine Zugeständnisse gemacht werden, die die Industrie zerreißen müssen. Die Landwirtschaft und die Industrie haben ihre Mitarbeit für die Ausarbeitung des Entwurfes angeboten, in der Hoffnung, daß es durch ein solches Zusammenwirken gelingen würde, die Frage zu einer allseitig befriedigenden Lösung zu bringen. Aber ihr Angebot ist unberücksichtigt geblieben. Mit diesen Ausschüssen ist die Industrie bis dahin durchaus zufrieden gewesen. Sie hatten sich bewährt. Die Forderungen dieses Ausbaues wünschen alle auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft stehenden Führer der Industrie. Es handelt sich nicht um Verständigung, sondern um Kämpfe. Dieser Gedanke ist auch nicht auf wirtschaftlichem Boden gewachsen, sondern ist eine politische Angelegenheit, wie denn auch die Gesetzvorlage eine politische ist, die Politisierung der Betriebe anstrebt. Diesen Weg zu beschreiten haben wir keinen Anlaß. Bolschewismus ist es, der mit diesem ganzen Rätesystem herbeigeführt werden soll. Wie gefährlich diese Bestrebungen sind, hat besonders der sozialistische Abg. Legien nachgewiesen. Auch Dr. August Müller hat darüber ein vernichtendes Urteil gesprochen. Was schon in Zeiten blühender Entwicklung ein Unding ist, kann im Zeichen des Niederganges der Unterproduktion nur ins Verderben führen. Wir sehen ja, wie die Unabhängigen ihre Vortrupps vorschicken. Aber die Schuld liegt nicht allein bei den unabhängigen Sozialdemokraten, auch die Mehrheitssozialisten gehen hier aus Furcht vor Strafe mit ihren Forderungen viel zu weit. Wenn die Demokraten angeblich die

Sozialisierung der Betriebe

nicht wollen, so streben doch die Sozialisten diese Sozialisierung an, und die Demokraten sitzen doch mit ihnen auf einer Bank, denn schließlich müssen sie, wenn sie die Vorlage annehmen, die Sozialisierung auch wollen. Bei der Regierung und den Mehrheitsparteien ist eine allgemeine Magenverstimmung zu beobachten. Warum hat man die Vorlage nicht durch den Reichswirtschaftsrat prüfen lassen? Der Ausschußbeschluß stellt eine erhebliche Verschlechterung der Gesetzesvorlage dar. Höchst bedenklich ist es, daß man Leuten, die noch nicht die Volljährigkeit erreicht haben, die Wahlberechtigung geben will. Der Unternehmer achtet dann lediglich auf die Parteizugehörigkeit der Leute. Unser Wirtschaftsleben kann nur wieder in die Höhe kommen, wenn der Unternehmer nach eigenem Ermessen seine Leute und Angestellten auswählen kann. Die früher uns angedichtete

Protektionswirtschaft

wird nun Tatsache werden. Für die Arbeitnehmer ist das Mitbestimmungsrecht ein Danaergeschenk. Dem Tüchtigen wird die freie Bahn verbaut. Begründet der Betriebsrat seine Macht auf die Arbeitermassen, dann macht er sich zum Diktator des Betriebes. Bei der schematischen Uebertragung der Industriebetriebsräte auf das Handwerk geht man über die Eigenart des Handwerks glatt hinweg. Die meisten Handwerksbetriebe werden einfach dadurch in Frage gestellt. Unsere Anträge aus der Kommission hinsichtlich des Wahlrechtes werden wir auch im Plenum wiederholen und an ihrem Schicksal die endgültige Haltung unserer Gesamtpartei abhängig machen. Wir verstehen es durchaus, wenn die Angestellten keine reine Freude an der Vorlage finden. Wir hätten eine würdigere Stellung für die Angestellten im Gesetz gewünscht. (Zurufe: Sie haben doch gerade Anträge auf Herabsetzung der Angestelltenrechte gestellt.) Mit Rücksicht auf die

außerordentliche Wichtigkeit der Presse

für das politische und kulturelle Leben haben wir dem Zeitungsbetrieb eine Ausnahmestellung im Gesetz eingeräumt, dagegen setzt eine Bewegung der Buchdruckergewerkschaften ein. Ich darf annehmen, daß die überwiegende Mehrheit des Hauses sich von der Erkenntnis leiten läßt, daß es sich hier um das hohe Gut der Pressefreiheit handelt. Das Gesetz stellt der Mehrheit der am Wiederaufbau des darniederliegenden Vaterlandes tätigen Unternehmer Hindernisse in den Weg. Die Unternehmungsfreiheit wird dadurch gemindert. Die Regierung verfolgt eine verhängnisvolle Illusionspolitik. In Holland, Skandinavien, in der Schweiz sieht man mit großem Mißtrauen dem Betriebsrätegesetz entgegen. Jeder Mißtrauen dem Betriebsrätegesetz entgegen. Jeder Ausländer muß Bedenken tragen, dem deutschen Fabrikanten Rohstoffkredite einzuräumen. Das Fehlen der Disziplin und der Ordnung in den Fabriken kann zu einer Katastrophe führen und eine vollständige Verschleuderung des Fabrikinventars nach sich ziehen. Die landwirtschaftliche Industrie leidet heute sehr darunter, daß die Arbeitszeit zu politischer Agitation benutzt wird, und daher die Leistungen zurückgehen. Das deutsche Wirtschaftsleben ist der einzige aktive Posten und die einzige Stütze der Gegenwart. Die Regierung muß unter Geltendmachung ihrer staatlichen Autorität die nötige Ruhe und Ordnung im Lande schaffen. (Beifall rechts.)

Reichsarbeitsminister **Schlicke**: Das Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil es reifliche Durcharbeitung erfordert und alle Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Die ausländische Gesetzgebung bot keine Handhabe. Meine Hoffnung, die Vorlage vor Weihnachten zu machen, hat sich ebensowenig verwirklichen lassen, wie die Hoffnung dieses Hauses, das Betriebsrätegesetz noch vor Weihnachten zu erledigen. Die Vorlage über die Bildung des Reichswirtschaftsrates bedurfte noch vier Monate, ehe sie an den Reichsrat kam, infolge der Zersplitterung der Arbeitgeberverbände, die die Ausarbeitung der Vorlage sehr erschwerte. Daß die Arbeiterausschüsse kein Ersatz für die Betriebsräte sein können, beweisen die vielen Maßregelungen, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt werden.

Abg. **Wüster** (D. Vpt.): Das Gesetz ist durch politische Agitation hervorgerufen worden. Wie kann man angesichts dessen auf eine wohltuende Wirkung auf unsere Wirtschaftslage hoffen? Wir müssen damit rechnen, daß 80 Prozent des Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben. (Hört! hört!) Wo soll da die Wiedererstarkung unseres Wirtschaftslebens herkommen? Die Vorlage wird neuen Zündstoff in die Betriebe hineintragen. Sie ist gewissermaßen der Anfang einer Parlamentarisierung der Wirtschaft. Das Gesetz sollte zunächst einem Reichswirtschaftsrat überwiesen werden.

Abg. **Geyer** (U. S.): Der Rechten ist nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat noch mehr verschlechtert wird. Die Regierung aber hat Verwirrung über den Rätegedanken in den Reihen der Arbeiter erregt, um auf diese Weise ihre Herrschaft zu erhalten. Die Betriebsräte dieses Gesetzes haben mit den Betriebsräten in sozialistischem Sinne auf der Grundlage einer antikapitalistischen Wirtschaftsordnung nichts gemein. Das Rechtssozialisten sind nur die Strohmänner der Reaktion.

Abg. **Gandorfer**: Wir lehnen das Gesetz ab. Hätten wir es während des Krieges auf dem Lande gehabt, so wären wir ausgehungert.

Die Erörterung über § 1 schließt. Die Abstimmung folgt morgen.

Abg. **Frau Zietz** (Persönlich): Der Minister Heine hat mich der Aufreizung beschuldigt. Das ist schamlose Verleumdung. (Ordnungsruf.) Ich habe kein Wort zu den Demonstranten gesprochen. (Zuruf: Ihr Erscheinen genügt! Heiterkeit.)

Abg. **Zubeil** (persönlich) bestreitet ebenfalls, das ihm vorgeworfene aufreizende Vorgehen.

Abg. **Braß** (U. S.): Die Schießerei war grundlos, denn die Straße war fast leer.

Minister **Heine**: Das verdreht die Wahrheit. Meine vielen Zeugen sind mir glaubwürdiger als Herr Braß.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vertagt.

Schluß 8¼ Uhr.

Die Besetzung der Abstimmungsgebiete

Berlin, 14. Januar.

Folgende Uebersicht über die Besetzung der Abstimmungsgebiete, sowie von Danzig und Memel geht dem Wolffschen Büro von zuständiger Stelle zu:

1. **Schleswig.** Ein französisches Bataillon trifft am 20./22. Januar in Hadersleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. Januar zu Wasser in Flensburg.

2. **Danzig.** Danzig wird von zwei englischen und einem französischen Bataillon besetzt. Der erste Zug trifft auf Graudenz Praust am 24. Januar ein.

3. **Bezirk Marienwerder.** Ein italienisches Bataillon trifft am 25. Januar in Deutsch-Eylau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompanien werden in den ersten Februartagen durch je ein zweites englisches Bataillon abgelöst.

4. **Bezirk Allenstein.** Am 30. bis 31. Januar trifft ein Bataillon Engländer in Lyck ein, von dem später ein halbes Bataillon nach Sensburg verlegt wird. Am 4. und 5. Februar trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

5. **Memel.** Memel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

6. **Oberschlesien.** Oberschlesien wird vom 26. Januar ab besetzt. Die Franzosen beginnen an der Südstrecke. Die genaue Verteilung zwischen den Alliierten steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen und der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

Allenstein, 14. Januar.

Im Allensteiner Abstimmungsgebiet haben die Vorbereitungen für die Unterbringung der Besetzungstruppen begonnen. Gestern traf der englische Oberstleutnant Bennet in Allenstein ein und hatte mit den hiesigen Behörden eine Besprechung, die durchaus zufriedenstellend verlaufen ist.

Auch Bayern für die Teuerungszulage

München, 14. Januar.

Im Finanzausschuß erklärte ein Regierungsvertreter, die bayerische Regierung sei bereit, eine 150prozentige Erhöhung der Teuerungszulage zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Reich und Preußen sie ebenfalls bewilligen. Damit sind die beiden Telegramme, die die Reichsregierung in dieser Angelegenheit an die bayerische Regierung gerichtet hatte, erledigt.

Die Hochwassergefahr

Frankfurt a. M., 14. Januar.

Der Main ist letzte Nacht so erheblich gestiegen, daß die tiefer gelegenen Stadtteile, namentlich die Altstadt, in großer Hast geräumt werden mußten. In der Schiffer- und in der Metzgergasse drangen die Fluten in die unteren Stockwerke. Nach den vorliegenden Meldungen dürfte das Wasser noch mindestens einen Meter steigen. Der höchste Wasserstand wird für Donnerstag abend erwartet. Seit 1882 hat Frankfurt ein derartiges Hochwasser nicht erlebt.

Frankfurt a. M., 14. Januar.

Die Eisenbahnerbewegung spitzt sich auch in Frankfurt zu. Die Eisenbahner der Bahnämter Bebra, Fulda, Gießen, Wetzlar, Duisburg und Gießen sind von der gegenwärtig in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Eisenbahndirektion die Einreihung in die erste Lohnklasse als dringend erachtet hat. Mit diesem Bescheid gehen sich die Eisenbahner nicht zufrieden und drohen, wenn die Beschlüsse der Berliner Kommission nicht abgeändert werden, mit dem Streik.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

16] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

Raoul redete ihm zu, solange, bis der Oberlandesgerichtsrat seufzend meinte: „Sie sind ein unglaublicher Quälgeist, aber Sie erreichen schließlich ja doch alles, was Sie wollen. Ich verstehe nur nicht, warum es Ihnen gerade Spaß macht, ausgerechnet mit uns so viel auszugehen."

„Viel nennen Sie die wenigen Male, daß Sie ausgegangen sind bisher?" Der Schriftsteller lachte. „Es tut mir leid, daß Sie hier draußen in der Einsamkeit versauern und verbauern, das ist das Ganze."

Maja freute sich auf diesen Abend, auf ein großes, glanzvolles Fest. Wie lange war es her, daß sie ein solches mitgemacht! Sie betrieb die Vorbereitungen dazu mit Eifer, wollte sich an diesem Abend besonders schön und elegant machen.

Raoul tieberte dem Ball entgegen, vielleicht bot sich auf ihm eine Möglichkeit, einige Minuten allein mit der geliebten Frau zu sprechen.

Aber die letzte Woche vor dem Fest fühlte sich der Oberlandesgerichtsrat besonders elend, wie er sagte, der Rheumatismus plagte ihn mehr als in den letzten Monaten, die Nächte waren schlecht, Angstzustände und Beklemmungen, an denen er zuweilen litt, stellten sich ein.

Er gab den paar Abenden, die er außerhalb seiner gewohnten Ruhe in Berlin verbracht, die Schuld an dem veränderten Befinden, er fluchte und wetterte und schwor, daß es Dr. Bronsart nicht wieder gelingen sollte, ihn zum Ausgehen zu verführen. Für das Fest hatte der Freund sein Versprechen, dieser Abend aber sollte der letzte sein, den er außer dem Hause verbrachte.

7.

Dr. Bronsart hatte versprochen, das Ehepaar Lindner am Abend des Festes abzuholen. Als Paul ihm die Tür öffnete, sagte er sogleich:

„Herr Oberlandesgerichtsrat fühlen sich gar nicht wohl und haben sich soeben zu Bett gelegt."

Raoul hatte Mühe, seine grenzenlose Enttäuschung zu verbergen. Er wollte sie dem Diener nicht zeigen. Seine Hoffnungen sanken jäh. Er fühlte sich elend von allzugroßer Erwartung und allzugroßer Enttäuschung. „Wo ist die gnädige Frau?"

In diesem Augenblick hörte er Majas Stimme oben im Hause. „Herr Dr. Bonsart, sind Sie es? Wollen Sie meinem Mann guten Tag sagen?"

„Ich komme, gnädige Frau."

Er sprang eilig die kleine gewundene Treppe empor. Maja Lindner stand auf der obersten Stufe und streckte ihm die Hand entgegen.

„Nun wird es nichts mit unserem Fest, Herr Doktor."

Ihre Stimme zitterte leicht, und als er ihr nun im hellerleuchteten Herrenzimmer gegenüberstand, da sah er Tränenspuren auf ihren Wangen, sah ihre wunderbaren Augen noch in feuchtem Glanze schimmern.

„Sie haben geweint, Maja? Um die Enttäuschung, die dieser Abend brachte, oder war sonst noch etwas?"

„Ach, es kam alles zusammen. Ja, ich hatte mich gefreut. Und nun diese schreckliche Laune."

„Sie hatten sich gefreut? Sie sollen sich wieder freuen! Wir werden das Fest doch noch besuchen!"

„Was fällt Ihnen ein? Mein Mann liegt im Bett."

„So gehen wir ohne ihn, Maja."

Nun lächelte sie, trotz ihrer Traurigkeit.

„Oh — kennen Sie Hermann wirklich so wenig?"

Er sah sie an. Sie war noch in dem Kleide, das sie für das Fest angelegt. Er hatte sie oftmals in eleganten, oft in hellen seidenen Teekleidern gesehen, aber noch niemals in großer Abendtoilette so wie jetzt. Immer hatte sie ihn entzückt, heute berauschte sie ihn.

Sie trug ein Kleid aus apfelsinenfarbenem Seidensamt, mit Silberstickereien war die kurze, spitze Schleppe durchwirkt, Silberstickereien wanden sich um den tiefen Ausschnitt. Schultern und Nacken und Arme waren entblößt. Raoul Bronsart sah die vollendeten Formen, sah die perlmutterschimmernde Haut, er atmete tief und schwer. Um den schlanken Hals hatte Maja Lindner eine Schnur matter Perlen gelegt, in ihrem schwarzen Haar träumten zwei halberschlossene Teerosen, ein großer Strauß derselben Blumen lag auf dem Tische.

Sie griff danach mit zitternden Händen, Raoul Bronsart hatte ihr am Morgen diese Blumen gesandt.

„Ich danke Ihnen für die Rosen," murmelte sie, „nun können sie hier verwelken."

Er starrte sie noch immer an, war trunken von ihrer Lieblichkeit, überwältigt von ihrer Schönheit, die ihm nie so herrlich erschienen war wie an diesem Abend.

„Mein muß sie werden," dachte er, „koste es, was es wolle."

Er sah auf die Uhr. „Wir haben nicht viel Zeit, kommen Sie, Maja, gehen wir zu Ihrem Gatten."

„Was Sie wollen, ist ja doch zwecklos."

Aber sie folgte dem Bann seiner Augen. Sie ging mit ihm.

Der Oberlandesgerichtsrat sah dem Freunde mürrisch, aber doch mit einem etwas schlechten Gewissen entgegen.

„Das Ganze haben Sie selbst verschuldet, Doktor," sagte er ärgerlich, „hätten Sie mich vor zehn Tagen nicht mit Gewalt ins Theater geschleppt, so könnte ich heute gehen. Aber den Abend habe ich mich erkältet und das Reißen ist heute schlimmer denn je. Nun kriegen mich keine zehn Pferde wieder in Ihr vergnügungstolles Berlin."

Bronsart zuckte die Achseln. „Da ist nichts zu machen. Wenn Sie sich so krank fühlen, müssen Sie natürlich zu Hause bleiben. Aber Ihre Frau?"

„Was soll's mit meiner Frau? Sie bleibt natürlich da, wo sie hingehört, bei mir."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001151-19/fragment/page=0002

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern

Berlin, 14. Januar.

In den Verhandlungen über den Tarif, in denen bisher die westlichen Bezirke erledigt werden konnten, ist heute auch eine Einigung über die Lohnsätze für Mitteldeutschland zu erwarten. Bisher wurden vereinbart: Für Handwerker über 21 Jahre 3,60 bis 2,70 Mark. Der Satz von 3,60 Mark stellt einen Spezialstundenlohn für Groß-Berlin dar, der von 3,50 Mark gilt für den Industriebezirk um Essen, ferner für die Städte Köln, Saarbrücken, Frankfurt a. M., Hamburg und Altona. Der Satz von 3,30 Mark gilt für die Bezirke Elberfeld, Krefeld und Kassel. Der Tarifvertrag hat, wie erinnerlich, bereits vor Weihnachten zur Beratung vorgelegen. Damals wurden vor allen Dingen Arbeitszeit, Ueberstunden, Sonntagsarbeit und Nachtdienst besprochen. Zu festen Vereinbarungen hierüber kam es noch nicht, weil die Arbeiter Forderungen stellten, die die Regierung mit Rücksicht auf die anderen Reichs- und Staatsbetriebe, sowie die Privatbetriebe nicht erfüllen konnte. Es wurde z. B. eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7½ Stunden verlangt. Die Verhandlungen wurden nun in den letzten Tagen dadurch erschwert und verzögert, daß wiederholt Deputationen und Streikleitungen an den Verhandlungen teilzunehmen versuchten. Das gelang ihnen auch mehrfach. Zum Teil wurden diese Deputationen von den Gewerkschaften, die einen schweren Stand gegenüber der anderen Arbeiterschaft haben, in den Verhandlungsraum hineingeführt. Jedenfalls hofft man, bis anfangs nächster Woche die Verhandlungen über die eigentlichen Löhne zu beenden und einen Weg zu finden, um diese Teilbeschlüsse sofort in Kraft zu setzen, wovon man sich eine wesentliche Beruhigung der Arbeiterschaft verspricht. Die bewilligten Forderungen gehen über das hinaus, was der Entwurf vom vorigen November voraussah. Die Lohnsätze haben zum Teil die der Industriearbeiter wesentlich überschritten. Für die preußisch-hessische Staatseisenbahn würde der Mehraufwand allein für die Arbeiter ohne die Beamten, denen ja 150 Prozent bewilligt worden sind, 1½ Milliarden jährlich betragen. Es ist mit einem Defizit von 4 Milliarden ohnehin zu rechnen, wobei die gegenwärtigen Bewilligungen nicht mitgezählt sind. Der Gesamtetat dürfte sich für die Eisenbahnverwaltung sodann auf 16 Milliarden belaufen. Diese gewaltigen Mehrausgaben lassen sich im wesentlichen nur durch neue Tariferhöhungen decken. Inzwischen haben Verhandlungen unter den einzelnen Eisenbahnverwaltungen stattgefunden, und man wurde sich darüber klar, daß eine starke Erhöhung des Personen- und Gütertarifs unabwendbar ist.

Im Elberfelder Bezirk wurde die Arbeit gestern wieder aufgenommen, auch in Essen. In Münster hängt die Haltung von den Beschlüssen der für gestern abend anberaumten Versammlungen ab, über deren Ergebnis hier noch nichts bekannt ist. Eine erfreuliche Meldung kommt aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz: Die Zentralstreikleitung, die ihren Sitz in Beuthen hat, erklärte dem Direktionspräsidenten, die Arbeiter würden die Arbeit wieder aufnehmen, wenn ihnen erlaubt würde, die ausgefallenen Schichten durch Ueberarbeit wieder nachzuholen. Die Verwaltung hat diesen Entschluß als einen sehr verständigen ausdrücklich anerkannt.

In Breslau ist alles ruhig. Dort findet heute in der Jahrhunderthalle eine Versammlung statt, in der über den Fortgang der Verhandlungen beschlossen werden soll. In einer Werkstatt des Bezirkes wurde passive Resistenz geübt. In Kassel und in Mitteldeutschland überhaupt war gestern noch alles ruhig, wohl eine Wirkung des Ausnahmezustandes. Andererseits wurde in einer geheimen Versammlung in Magdeburg beschlossen, heute die Arbeit niederzulegen, wenn nicht der Belagerungszustand in Rheinland und Westfalen sofort wieder aufgehoben wird.

Die Regierung verharrt natürlich auf ihrem Standpunkt, keine Streiklage zu bezahlen. Das gilt auch für die Beamten, die sich dem Streik angeschlossen haben. Ein Beamtenstreik ist aus Hagen in Westfalen und einigen anderen Orten bekannt. Gegen diese Beamten wird energisch vorgegangen werden. Im Ministerium erklärten gestern Vertreter mehrerer Beamtenfachverbände, sie sähen den Streik als einen rein politischen an und würden ihre Beamten telegraphisch zur Aufrechterhaltung der Arbeit auffordern. Der Minister möge seinerseits auch noch eine derartige Aufforderung ergehen lassen. Diese ist denn auch noch am gestrigen Abend ergangen. Man darf also hoffen, daß die Beamten in Zukunft nicht mehr untätig beiseite stehen.

Für die Regierung muß als dringende Maßnahme empfohlen werden, den an verschiedenen Orten vorhandenen Ueberfluß an Arbeitskräften dazu zu benutzen, daß sie die Streiklustigen und Hetzer aus den Betrieben ausschließt. Es wird einer Wochenarbeit bedürfen, um die durch den Streik geschaffenen Zustände zu beseitigen. In Essen stehen allein etwa 50000 mit Kohlen beladene Wagen. Es war gelungen, etwa 600 000 Tonnen von der Halde abzufahren. Das ist jetzt vorbei, und wir werden kaum die Tagesproduktion von den Zechen abfahren können. Was das für die Versorgung von Industrie und Hausbrand bedeutet, liegt klar auf der Hand. Wenn der Streik nun endlich schnellstens beigelegt wird, und sich nicht über Preußen ausdehnt, kann man noch hoffen, daß die Lebensmittelversorgung Preußens weiter möglich ist.

Frankfurt a. M., 14. Januar.

Wie der „Frankf. Ztg." aus Münster gemeldet wird, kam es im Laufe der vergangenen Nacht in Hamborn zu erregten Unruhen und Zusammenstößen mit dem zur Wiederherstellung der Ruhe in Hamborn eingerückten kleineren Teil des Bataillons Schulz. Gestern vormittag stellten sich dem einmarschierenden Gros, bestehend aus zwei Kompagnien Infanterie und einer Maschinengewehrkompagnie, die Demonstranten entgegen. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf ein Zivilist getötet und sieben mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Auf seiten des Militärs sind keine Verletzten zu verzeichnen. Gerüchtweise verlautet, daß ein Offizier erschossen sein soll. Von der Truppenabteilung wurden insgesamt 228 Zivilisten festgenommen, die zum größten Teil in das Gefängnis nach Wesel abtransportiert wurden.

Neue Erhöhung der Postgebühren in Sicht. Reichspostminister Giesberts hat bei seinem Aufenthalt in Dortmund, wie „Tremonia" mitteilt, unter anderem erklärt: Der diesjährige Postetat habe mit einem Fehlbetrag von 150 Millionen Mark abgeschlossen, im nächsten Jahre würde er eine Viertelmilliarde betragen. Um diesen gewaltigen Ausfall durch eigene Einnahmen zu decken, müßten die Postgebühren erheblich erhöht werden. Es sei eigentlich erforderlich, daß das Porto für einen Brief auf 50 Pfg., und für eine Postkarte auf 35 Pfg. erhöht würde. Die Telegrammgebühren müßten auf 3 Mk., die Fernsprechanschlußgebühren auf etwa 1000 Mk. festgesetzt werden. Eine solche Erhöhung der Gebühren würde aber mit der Erdrosselung des Verkehrs gleichbedeutend sein. Gleichwohl sei aber eine Erhöhung der wichtigsten Gebühren bei der fortlaufenden Teuerung unausbleiblich. Zum Streik äußerte sich der Minister dahin, daß er den Beamten das Streikrecht nicht zubilligen könne, da dieses den Grundsätzen des Beamtenrechts widerspräche. Wollte man den Beamten das Streikrecht zubilligen, so würde das ein Grund sein zur unkündbaren Einstellung des Gehalts und der Pensionen. In gleichem Augenblick müsse der Regierung auch das Entlassungsrecht zugebilligt werden. Die Forderung des allgemeinen Beamtenstreiks würde der Sturz der gegenwärtigen Regierung sein. Diesen könne die Beamtenschaft im eigenen Interesse nicht wünschen, denn mit der folgenden radikalen Regierung sei auch das Beamtentum erledigt. Der Minister warnte deshalb die Beamten, in den Streik zu treten.

Ein Poststempel für die Leipziger Messe. Das Reichspostministerium hat genehmigt, daß Leipzig fortan zur Messezeit einen eigenen Briefstempel führt: „Leipziger Mustermesse". Dieser neue Briefstempel wird schon zur nächsten Frühjahrsmesse zur Anwendung kommen, und zwar sowohl bei der allgemeinen Mustermesse (26. Februar bis 6. März), wie bei der Technischen Messe, die zwei Wochen später (14. bis 20. März) stattfindet.

Heimkehr aus Südamerika. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Mit dem Dampfer „Arara" sind in Rotterdam 542 Südamerika-Heimkehrer eingetroffen. Sie wurden nach Wesel weitergeleitet.

Halle und Umgebung

Halle, 15. Januar.

Der Ferchlandt-Prozeß

Ueber die bereits bekannten Vorgänge, welche sich in der Nacht vom 8 zum 9. Januar 1918 in dem Gebäude der „Halleschen Zeitung" abspielten, sollte eine Zeugin Frau Kohl vernommen werden, deren Mann von Hartung nach der Druckerei kommandiert werden sollte, was aber auf das Verbot der Zeugin als Ehefrau nicht geschah. Weil Zeugin nun anders aussagte — vor allem über die Stunde (11 Uhr abends) — als durch frühere Zeugen eidlich erhärtet und gerichtlich festgestellt war, wurde ihr Zeugnis als nicht glaubwürdig anerkannt und von ihrer Vereidigung, obwohl ihr Mann aus dem Zuschauerraum sich als Zeuge meldete, abgesehen.

Der Zeuge Höckel will bei der unglücklichen Schießerei aus Anlaß des Demonstrationszuges gesehen haben, daß Hartung hinter einem Maschinengewehr in einem Erkerzimmer des „Hohenzollern-Hof" stehend an der Kurbel gedreht hat; weiter hat er sich damit gebrüstet, die ersten Schüsse auf die Demonstranten abgegeben zu haben, wofür Höckel Zeugen (Weisser, Zuchs, Burkhardt) beanbringen kann. —

Nach der Zeugenaussage des Pfeifer, des Waffen-Unteroffiziers im „Wettiner Hof" sind von ihm keine Leute am Maschinengewehr ausgebildet; als die Matrosen dazu befohlen wurden, machte man üble Erfahrungen, weil diese vom Dienste wegblieben. Dagegen behauptet Zeuge Winkler, er hätte 3—4 Zivilsten eines Tages gesehen; wahrlich behauptet Zeuge Weider, nur mit der Modifikation, daß er in der Charlottenschule eines Tages gegen 5 Uhr in einem Zimmer gesehen hat, wie Pfeifer Leuten Griffe am Maschinengewehr gezeigt hat — Pfeifer behauptet auch, daß er keine Waffen herausgegeben hat.

Eine lange Vernehmung wurde die des Zeugen Klaus. Eines Nachts gegen 2 Uhr ist ein Rohr-Telegramm an den hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat im „Wettiner Hof" eingelaufen, daß „Truppen durch Halle hier nicht zu entwaffnen sind und die Rückerlung die Maßnahmen hierzu entschädigt". Dasselbe soll dem Zeugen Henne im „Wettiner Hof" vorgelesen sein, worauf dieser gesagt: „Das Telegramm muß vernichtet werden!" Dasselbe hat sich jedoch später in den Akten Ferchlandts gefunden. Bei den Worten des Henne soll nach Angabe des Klaus ein Matrose zugegen gewesen sein, dessen Name nicht festgestellen ist. Es fanden sich die Aussagen des Klaus und Henne gegenüber, somit blieb dieser Punkt ungeklärt, obwohl Hartung dasselbe wie Klaus bekundete.

Der Zeuge Reeder bezeichnete den Angeklagten als früher „schnüffend" und „vernünftig": Bei einer Offiziers-Aussprache im Brühschen 1918 auf dem Rathplatze wurde dies allseitig anerkannt. Bei einem Zusammentreffen mit Ferchlandt nach dem ominösen 9. November 1918 wunderte sich Zeuge über dessen plötzliche politische Schwenkung. Der Angeklagte antwortete: „Wenn ich als Offizier dem Soldaten-Rat nicht beigetreten wäre, dann wäre es den Offizieren hier noch schlimmer ergangen. Ich habe für sie retten wollen, was zu retten war!" Die jungen Offiziere hatten es damals durch ihn Auftreten in den Cafés bei sämtlichen Mannschaften hier verspielt; deshalb schrieb auch Ferchlandt worauf an das Garnison-Kommando. —

Sodann bekundet Zeuge Klaus weiter: Am 10. Januar fuhren auf Kommando Ferchlandts 2 Straßenbahnwagen und 1 Anhänger, die mit Mannschaften aus dem „Wettiner Hof" und Maschinengewehren besetzt wurden, bis zum „Bergmannsrost", von wo aus mit der Artillerie verhandelt werden sollte. Ferchlandt selbst war nicht bewaffnet, jedoch die Artilleristen. Es kam zu einem Vergleich. Der Zeuge ist mitgefahren, um Auskunft bezw. Nachrichten geben zu können. Nach seiner Rückkehr entfernte er aus den Maschinengewehren im „Wettiner Hof" das Wasser und warf die Patronen in dasselbe, weil er dem ganzen Frieden nicht traute." Tatsächlich wäre es nachher sonst bei dem Demonstrationszuge zu größeren Blutvergießen gekommen. Auch soll nach Aussage des Klaus der Zeuge Henne fortgefahren sein, was aber wohl nicht möglich gewesen sein kann, da Henne beim Abfahren, wie Zeuge Weider bekundet, neben ihm am Tonnage des „Wettiner Hofes" gestanden hat.

Am Tage des Demonstrationszuges erschien ein Flieger über der Stadt und warf Flugzettel mit der Aufschrift: „Auf zum Kampf gegen den Terror!" herab. Ein Zeuge berichtete dem Publikum, Ferchlandt wäre nach der Artilleriekaserne geschafft worden. Darauf ist das Rathaus mit Waffen durch Filia versehen worden, der auch Arbeiter als Helfer hatte. Die Vorgänge auf dem Marktplatze sind allbekannt; angefangen haben mit dem Tumult die Arbeiter und Sicherheitssoldaten. — —

Nach den Eindrücken, die Zeuge Klaus von Ferchlandt gewonnen hat, trieb dieser ein Doppelspiel. Als er mit dem Landrat Thiele am obigen Tage im Auto vor dem „Wettiner Hof" hielt, rief er laut: „Nicht schießen!", während er im Gebäude selbst die Matrosen aufhetzte, weil diese nicht mehr genügend Essen erhielten und befürchteten, daß die am 11./12. Januar ausgezahlte Löhnung, die immer von der Artillerie gezahlt wurde, wohl die letzte gewesen wäre. Der Zeuge bekundet noch, daß die Matrosen mit Geld, Zigarren und Getränken beschenkt wurden, wahrscheinlich von Anhängern der Artillerie, damit ihre Stimmung zugunsten der Nicht-Spartakisten umschlüge. Bei der Schießerei ist auch eine Frau König in der Magdeburger Straße Nr. 3 durch einen Schuß in den Hals schwer verwundet worden. Nach den blutigen Vorgängen fiel Ferchlandt im „Wettiner Hof" in Krämpfe, nach Ansicht des Klaus aus Angst vor der Artillerie und den Matrosen. Bei den Wahlen am 19. Januar will Zeuge gehört haben, daß Ferchlandt auch diese durch Waffengewalt beinflussen wollte, da sonst die Revolution als verloren gelten könnte.

Fortgang der Verhandlung Donnerstag.

*

Schwurgericht.

In der Schwurgerichtssitzung am 14. Januar unter dem Vorsitze des Landrichters Kißner waren angeklagt der Arbeiter Otto Heuschkel wegen schweren Landfriedensbruches und der Arbeiter Willi Brendel wegen unbefugten Waffenbesitzes in Verbindung mit schwerem Landfriedensbruch.

Heuschkel gehörte zur Zeit der Tat noch dem Grenzschutze an, ist aber dem bürgerlichen Gerichte zur Aburteilung überwiesen. Er ist durchaus geständig. Am 2. März abends gegen 6 Uhr nacheinander bei Drummer u. Benjamin, Ammann, Pottel u. Broskowski und Levin in der plündernden Menge gewesen zu sein, bei Drummer u. Benjamin hat er drei Paar Strümpfe, die außerhalb des Schaufensters lagen, bei Pottel eine Flasche Wein genommen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig des schweren Landfriedensbruches unter Zubilligung mildernder Umstände, worauf das Gericht den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten und zu fünfjährigem Ehrverlust verurteilte.

Brendel ist geständig, am 2. März nachmittags mit einem Gewehre bei Renner am Markte im Schaufenster gewesen zu sein, wo er die Splitter der Fensterscheibe aufgelesen haben will. Die Waffe hat er nach seiner Angabe am 1. März auf dem Markte einem Knaben abgenommen, damit dieser keinen Unfug damit treiben könne. Am 2. März sei er dann nach dem Markte gegangen, um das Gewehr im Rathause abzuliefern, sei aber bei Renner mit Einsteigeeisen und habe dann erst das Gewehr abgeliefert. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig des einfachen Landfriedensbruches und des unbefugten Besitzes von Waffen unter erschwerenden Umständen, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 6 Monaten zu der am 8. Dezember verhängten Strafe von einem Jahre 6 Monaten, auch wurde auf fünfjährigen Ehrverlust erkannt.

Technische Nothilfe

In der Aula der Universität hielt gestern abend der Propagandaleiter der Hauptstelle der Technischen Nothilfe, Herr Dr. Kolshora, Berlin, einen Vortrag über Ziel und Zweck dieser neuen Organisation, in denen er ausführte:

Ernst ist die Stunde. Wieder ist in Berlin Blut geflossen. Streiks im ganzen Reich, wo wir auch hinsehen. Unverantwortliche Hetzer, die sich selbst weise hinten halten, sind am Werk um eigennütziger Ziele willen. Doch die lebenswichtigen Betriebe dürfen nicht still stehen. Da setzt die technische Nothilfe ein, hoffentlich auch hier in Halle, wenn es so weit kommen sollte. Der beste Soldat kann die Betriebe nur schützen, nicht aber die notwendige Arbeit verrichten. Daher merkte die neue Organisation geschaffen werden. Sie wendet sich nicht nur an die Techniker, nein, alle sind berufen mitzuarbeiten. Nicht gegen das Streikrecht wendet sich die technische Nothilfe. Doch über dem Streikrecht steht noch das Menschenrecht. Wegen Lohnforderungen einzelner darf nicht die Gesamtheit frieren und hungern. Sollen wir zusehen, daß der Kranke nicht mehr operiert werden kann, weil das Licht fehlt? Sollen wir Seuchen aufkommen lassen, weil die Kanalisation nicht mehr arbeitet? Da sagen die Gewerkschaftsführer, sie hätten die Arbeiter geschlossen hinter sich und würden schon selbst für Ausführung der dringendsten Notlandsarbeiten sorgen. Doch immer wieder erleben wir, daß der Streik über die Führer hinwegschreitet, wie im Oktober in Berlin beim Metallarbeiter-Streik. Dort mußten wir einreisen, als am dritten Tage das Moabiter Krankenhaus ohne Licht war. Hier ergeht der Ruf an alle. Nicht vergessen darf man, sondern in gemeinsamer Arbeit alle Volksschichten die neue Grundlage für den Wiederaufbau suchen. Wenn sich alle Stände hier zusammenfinden, wird jeder im anderen auch wieder den Menschen achten lernen. Alle Unzufriedenheit mit den jetzigen Verhältnissen hilft es aufrichtaufstellen und mitzuarbeiten. Das sollen sich besonders die Studenten sagen. Auch die Frauen werden gebraucht, die im Kriege in so vielen Betrieben die Männer vertreten haben. Ueberall gewinnt die Organisation neuen Boden, so auch hoffentlich hier in Halle. (Lebhafter Beifall.)

Der Führer der Ortsgruppe, Herr Dipl.-Ing. Gählert, sprach im Schlußwort noch über die örtliche Organisation. Wenn der Einsatz notwendig wird, soll jeder durch Boten oder durch die Truppführer benachrichtigt werden. Ist dies nicht durchführbar, so erfolgt das Aufgebot durch öffentlichen Aufruf. Jeder muß dann in seinem Betriebe sagen, wohin er geht. Gehalt und Lohn zahlt der Betrieb weiter. Außerdem erhält jeder täglich 10 M., neben Unterkunft und Verpflegung. Verheiratete eine Zulage von 1.65 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. Voraussichtlich werden sich diese Sätze noch erhöhen. In Arbeitskleidung und derbem Stiefeln begebe sich jeder nach der Reitkaserne als Sammelplatz. Militärischer Schutz ist vorbereitet und wird sicher genügen. In Berlin ist nicht ein einziger Notbefehr zu Schaden gekommen. Außerdem besteht die staatliche Unfallversicherung.

Die Studenten wurden dann noch zu einer Sonderbesprechung in der „Pulpe" aufgefordert.

Mit dem Wunsche, daß es nicht zum Aeußersten kommen, daß die Not uns aber auf dem Posten finden möge, schloß Herr Gählert die Versammlung.

— **In der Vorstandssitzung des Landesverbandes Merseburg** der Deutschnationalen Volkspartei wurden als Vorstandsmitglieder neu hinzugewählt: Fräulein Dehoff, Angestellte der Landwirtschaftskammer, Herr Kurt Schäffner, zweiter Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Architekt Roediger, Hans Voigtländer, Arbeitersekretär, Konsul Dr. jur. Hans Lehmann, Lehrer Kurtzkopp, Lettin, Dr. M. Frenzel, von Osteroth, Student. — Außerdem ist die Wahl eines Vertreters des Handwerkerstandes in Aussicht genommen.

— **Deutschnationaler Jugendbund.** Am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags um 3½ Uhr, findet in den „Zhalia-Sälen" eine Reichsgründungsfeier statt.

— **Handwerkermeister-Verein.** Am Freitag abend um ½8 Uhr beruft der Verein nach dem „St. Nikolaus" eine Versammlung ein, in der über die neuen Steuergesetze sowie Steuerdruck und Steuerrat im Handwerk gesprochen werden soll. Außerdem hat sich Domprediger Lic. Baumann bereit erklärt, über die sehr eilige und dringende Frage der Wahl der Elternbeiräte in Preußen zu sprechen.

— **„Vivarium",** Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, E. V., hält seine Sitzung Freitag, den 16. Januar, abends um 8 Uhr im Bauers Restaurant, Rathausstraße 3 ab. Ordentliche Generalversammlung, Verlosung. Gäste willkommen.

— Diebstahl. In der Nacht vom 13. zum 14. d. M. wurde in einer Fabrik in der Mannichstraße ein Einbruch verübt. Es wurden gestohlen außer einigen Treibriemen zwei Drehstrommotore mit Kurzschlußanker 1,5 PS. Fabrikat A.E.G. Nr. 2 136 345 D. 20/4 A. 220/380 Volt 1420 n, und Fabrikat Conz Nr. 65 541 120/220 Volt 1500 n. Vor Ankauf der durch die Nummern jeder Art erkennlichen Motoren wird gewarnt und es wird gebeten, eventl. Mitteilungen über den Verbleib bet etwaigen Angeboten derselben an die Kriminalpolizei Halle a. S. (Polizeihauptgebäude) zu richten.

— **Stadttheater.** Infolge Indisposition mußte Kammersänger Walter Kirchhoff heute absagen. An seiner Stelle singt Kammersänger Fritz Vogelstrom die Partie des Tristan in der heutigen Vorstellung.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen und Eheschließungen. Verlobungen der Töchter des Rittergutsbesitzers Max Hirsch in Lachmirowitz, Kreis Strzelno: Margarethe mit dem Lm. Günther von Scheven in Potsdam; Irmgard mit dem stud. med., Lm. d. R. Bernhard Beleites in Halle. — Verlobung von Käte Moos geb. Friedländer mit Otto Cerf. — Vermählung Telegr.-Sekretär Peter Größgen und Elise geb. Thiede in Halle.

Geburten. Dr. med. Friedrich Eichstädt und Frau Lucie geb. Nicolaier (Sohn). — Adolf Eder und Frau Elisabeth geb. Wegner (Tochter).

Todesfälle. Am 12. Januar Kaufmann Otto Schulze im 46. Lebensjahre. — Am 12. Januar Aufseher Friedrich Wilhelm Keller, Bennsdorf. — Am 12. Januar Frau Marie Ringel im 57. Lebensjahre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001151-19/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Des Herzogs Vermögen . . .

Gotha, 14. Januar.

Die Landesversammlung beschloß in ihrer heutigen Sitzung die Errichtung einer Landesstiftung aus den Mitteln des beschlagnahmten kommissarischen Vermögens des früheren Herzogshauses. Der Ertrag in Höhe von 600 000 Mk. soll für Theater- und Bildungszwecke benutzt werden, sowie 130 000 Mk. jährlich zur Errichtung einer Arbeiterhochschule.

— Teuditz b. Dürrenberg, 14. Jan. (Gedenktafel für die im Weltkriege Gefallenen.) Vorigen Sonntag ist hier eine Gedenktafel für die im Weltkriege Gefallenen eingeweiht worden. Fast jede Familie der ganzen Kirchfahrt, dazu die Orte Teuditz, Tollwitz, Könnern, Magretzig und Ellenbach gehören, hatte eine größere oder kleinere Gabe für das Liebesmal gespendet. Im Festgottesdienste zeigte die Kirche den schönsten Schmuck einer festlichen erhebenden Feiergemeinde. An der Spitze der Vereine waren der Krieger- und Militärverein mit den Fahnen gekommen und der Gesangverein erfreute die Gemeinde durch einen Festgesang. Aller Herzen schlugen höher, galt es doch den 71 Gefallenen der Kirchfahrt ein ehrendes Gedächtnis zu setzen in Gestalt einer großen, 18 Zentner schweren Steinplatte mit den Namen der Helden. Die Platte ist von Herrn Bildhauer und Architekt Juckhoff in Stopau angefertigt und zeigt am Kopfe als Sinnbild einen Adler im Kampfe mit einer Schlange; sie gereicht der Kirche, an deren schönster Seitenwand sie errichtet ist, zur höchsten Zierde. Zugleich hat das Gotteshaus im Innern nach den Angaben des Herrn Juckhoff ein neues Gewand erhalten. Mit den Kränzen im Altarraume, welche die Angehörigen schon während des Krieges ihren Gefallenen zum ehrenden Gedächtnis aufgehängt haben, bildet das Kirchlein eine sehenswerte prächtige Gedächtnishalle für die Helden, die für uns starben.

l. Burg, 14. Jan. (Der Landwirtschaftliche Verein für Burg und Umgegend) hielt seine Jahreshauptversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist auf 453 gestiegen in 53 Ortschaften. Der Kassenbestand hat sich um 900 Mark auf 6860 Mark vermehrt. Die Errichtung einer Haushaltungsschule soll im Auge behalten werden. Herr Wilke hielt einen interessanten Vortrag über „Riesenwuchs".

d. Halberstadt, 14. Jan. (Ein Pressestreik.) In der gestrigen Stadtverordnetensitzung erklärte Stadtv. Mamroth (D.) vor Eintritt in die Tagesordnung, daß in dem sozialdemokratischen „Tageblatt" Mitteilungen aus der geheimen Sitzung veröffentlicht seien, die auf Indiskretionen beruhten. Stadtv. Vorsteher Gerloch (S.) konnte nicht anders, als die Untersuchung des Falles zugesagen und gab dann gegen die bürgerliche Presse vom Leder. Als er behauptete, daß deren Redakteure wissentlich falsche Berichte brächten, verließen die Vertreter der bürgerlichen Presse den Saal und stellten die Berichterstattung ein.

X Jeßnitz, 14. Jan. (Städtisches. — Kirchliche Nachrichten.) Bei der von der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen diesjährigen Wahl der besoldeten Magistratsmitglieder wurden sowohl der erste Stadtrat Herbst als auch der zweite Stadtrat Sachse bestätigt. Als neuer Stadtverordneter ist Klempner Richard Pfeiffer von der letzten Gewerbeliste der sozialdemokratischen Partei in die Körperschaft eingetreten. — In unserer Kirchengemeinde mit dem eingepfarrten Roßdorf sind im abgelaufenen Jahre 64 Trauungen vollzogen worden; 46 Ehepaare erfuhren die kirchlichen Ehren. 28 Paare verschmähten die kirchliche Trauung. Geboren wurden 181 Kinder, (84 Knaben und 67 Mädchen), darunter 10 außerehelliche; 3 Zwillingspaare kamen vor. Zur Taufe gelangten 85 von ihnen, 19 ältere und drei auswärts geborene, zusammen 107 Kinder. Zur kirchlichen Einsegnung erschienen 124 schulentlassene Kinder (62 Knaben und 62 Mädchen). Das Abendmahl nahmen 428 Gäste. Sterbefälle wurden 93 gemeldet, 18 Personen starben auswärts; 78 (42 männliche und 31 weibliche) waren über, 20 unter zehn Jahre alt.

l. Genthin, 14. Jan. (Erwähnung. — Zwei neue Raubanfälle.) Zum Vorsitzenden der Gebäudesteuer-Veranlagungskommission des Kreises Jerichow II ist durch Erlaß des preußischen Finanzministers Katasterkontrolleur Böhm hier ernannt. — An der Chaussee nach Hüttermühle trat dem Fleischer Mölk ein Wegelagerer mit vorgehaltenem Revolver entgegen. Dadurch, daß der Begleithund des M. den Strolch zu Boden riß, gelang der Ueberfallene die Oberhand. Er entriß dem Verbrecher den Revolver und konnte ihn der Polizei übergeben. Es handelt sich um den Kellner Fitsch von hier, er wurde sofort nach Magdeburg transportiert. — Der zweite Raubversuch wurde auf dem Wege nach Möckläh an einem jungen Manne verübt, der seine Barbestände betrogen wollte. Er büßte seine Brieftasche mit ohne 200 Mark und zwei Paßkarten ein; auf die letztere ließ sich der Wegelagerer auf der Postanstalt Großwusterwitz zwei Pakete ausländigen.

X Sandersdorf, 15. Januar. (Jugendpflege. — Mutter- und Säuglingsschutz.) Um die Ausbildung der heranwachsenden jungen Leute in die richtigen Bahnen zu lenken, hat sich für unser Dorf ein Ortsausschuß für Jugendpflege zusammengetan. — Zur Ermöglichung eines Mutter- und Säuglingsschutzes ist hier eine öffentliche Frauenberatungsstelle eingerichtet worden. Die jungen Ehefrauen, welche Säuglinge haben, können sich an bestimmten Wochentagen in dem Fortbildungsschulzimmer versammeln. Zwei Damen haben die unentgeltliche Erteilung von Rat und die begehrte Belehrung übernommen. Für Kinder bis zum Alter von einem Jahre werden seitens der Gemeinde besondere Lebensmittel verabfolgt.

„H. S." Sportberichte

— B. f. L. (Halle). Am Donnerstag 1/8 Uhr abends Schachspielabend im Vereinsheim Angerstraße 24. Am Freitag abend 9 Uhr Versammlung der Turnabteilung in „Marsla Tour", Gr. Ulrichstraße 10.

— Ein Führer-Kursus für Ausbildung von Lehrern und Lehrerkräften für die Schwimmlehrer- und Schwimmwartekurse des Deutschen Schwimmverbandes findet am 6. und 7., oder 13. und 14. März in Leipzig unter Leitung von Dr. Burseer-Dresden statt. Am ersten Tage erfolgt die Kursus-Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Dr. Geßler-Frankfurt am Main. Dann schließen sich Ausführungen über den Aufbau der Kurse, Vorträge über den Schwimmunterricht, über Schwimmtechnik, spielliches Schwimmen und Training, Wasserballspiel, die Bedeutung des Schwimmens als Leibesübung vom ärztlichen Standpunkt aus, Besprechung der Schwimmwarten an Hand praktischer Uebungen an Der zweite Tag bringt Vorträge über Springen und Sprungwertung, Schwimmlehrerprüfungen und einen Lichtbildervortrag der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft. In diesem Kursus hat it. Verbandsbeschluß jeder Kreis des Deutschen Schwimm-Verbandes mindestens zwei Vertreter zu entsenden. Für sämtliche Vorträge werden führende Persönlichkeiten des Deutschen Schwimmverbandes als Lehrkräfte gewonnen werden.

— Wintersport in Oberhof. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch starker Schneefall. Thermometer steht wieder unter Null. Bahn und Schneeverhältnisse gut. Das Tailing-Rennen über 5 Kilometer hatte wie unser ag-Sportmitarbeiter drahtet, folgendes Ergebnis: Erster: Schmidt-Chmarossow Oberl. Benlin 15 Min. 8,80 Sek.; Zweiter: Libbert 19 Min. 56,40 Sek.; Dritter: Will-Fella/Mehlis 19 Min. 59,40 Sek.

— Berliner Fußballer in der Schweiz. Der Berliner Fußball-Club Viktoria 89, der für den Karfreitag ein Spiel mit dem Karlsruher F. C. in Karlsruhe abgeschlossen hat, wird im Anschluß daran eine Reise in die Schweiz unternehmen, um die vor dem Kriege gepflogenen freundschaftlichen Beziehungen mit den Eidgenossen wieder aufzunehmen.

— Die Generalversammlung des Deutschen Touring-Clubs, die im Januar in München abgehalten werden sollte, mußte auf Mitte Februar verschoben werden. Sie findet in dem Clubheim in der Prannerstraße statt. Der Verein hat in dem letzten Jahr über 1000 neue Mitglieder erhalten und dürfte bald wieder seinen Friedensstand erreicht haben. Eine große Faltbootausstellung verbunden mit einer Lichtbildabteilung soll im Frühjahr in München veranstaltet werden.

— Die Eishockey-Turnee des Leipziger Sport-Club nach Schweden, die für Ende Februar geplant war, ist abgesagt worden. Der Eishockeyverein von Kopenhagen aus Upsala teilte den Leipzigern mit, daß er wegen Terminunmöglichkeiten absagen müsse, aber hoffe, die Turnee für 1921 zustande zu bringen.

k. Für die Auktion deutscher Pferde, die am 11. und 12. Februar in Berlin zu Beginn der landwirtschaftlichen Woche im Anschluß an das bierzigste Zucht- und Körungsturnier stattfinden, sind vom Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Halbblutes neue Versteigerungs-Bedingungen aufgestellt, die sich von denen bei den besonders beliebten Auktionen unterscheiden, daß der freie Abtransport nach Berlin bei Sendungen von 5 und mehr Pferden bezw. die halbe Transportvergütung bei 3 oder 4 Pferden auch im Nichtzuschlagsfalle gewährt wird.

— Das Universitäts-Ruderrennen Oxford-Cambridge kommt in diesem Jahre am 27. März zustande, den beiden Universitätsmannschaften zur Entscheidung. Die Cambridger Mannschaft besteht, im Gegensatz zu den Vorjahren, aus den lebhaften Indianern. Der zum 80. Male zum Austrag gelangende Kampf sah 1914 Oxford als Sieger.

Volkswirtschaft.

Während der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Volksche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

* Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken Gothe. Die heutige Generalversammlung, in welcher 3 330 000 Aktienkapital vertreten war, genehmigte den Geschäftsbericht und setzte die Dividende auf 5 Proz. (32½) fest. Die Satzungen wurden dahin geändert, daß in Zukunft die Steuern von der Gesellschaft getragen werden. Ueber die Geschäftslage erfährt der Vorsitzende, daß die Lage der Werke in Siegerlängen abhängig ist von der Ratifikation des Friedens durch Hammaden.

* Prestwerke Chemnitz. Auf Grund der Forderung eines Stundenlohnes von 9 M. seitens der Arbeiterschaft hat das Werk den Betrieb eingestellt.

Harpener Bergbau-Gesellschaft. Die Aktien des Unternehmens sollen sofort nach Austausch der Ratifizierungsurkunde an der Pariser Börse wieder amtlich notiert werden. In der letzten Bilanz der Gesellschaft für 1918/19 waren für pünktliche Dividendenscheine rund 12 Millionen Mark zurückgestellt worden. Wenn man erwähnt, daß für die Geschäftsjahre 1914/15 bis 1917/18 durchschnittlich 8,75 Prozent an Dividenden ausgeschüttet wurden, so müßten — falls dieses Konto nicht besondere Rücklagen enthält — rund 80 Mill. M. Aktien der Harpener Gesellschaft sich aus der Vorkriegszeit in feindlichen — meist französischen Händen befinden. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 85 Mill. M.

Stillegung von Gießereien. Wegen Koksmangels ist die Eisengießerei von Schäffer u. Budenberg in Magdeburg gestunden, drei Gießereien stillzulegen. Demnächst ist mit der Einstellung des gesamten Betriebes zu rechnen, wodurch 2600 Personen arbeitslos werden.

Phönix A. G. in Hoerde. Die Verwaltung muß die Betriebe infolge des durch den Eisenbahnerstreik eingetretenen Kohlenmangels bis auf weiteres stillegen.

Industrie, Handel, Handwerk

* Rauchwarenausfuhr. Nach einer Mitteilung des Verbands der deutschen Rauchwarenfirmen zu Leipzig soll vorläufig weise für die Ausfuhr von nicht konservierten Kanin- und Hasenfellen eine Abgabe von 20 Proz. und für konservierte Kanin- und Hasenfellen eine solche von 10 Proz. erhoben werden. Der Ertrag dieser Ausfuhrabgabe dient sozialen Zwecken, insbesondere für Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwaren. Für rohe Kanin- und Hasenfelle werden Ausführgesuche 10 auf weiteres nicht erteilt.

Aufhebung der Beschlagnahme von Weißblech. Der Reichswirtschaftsminister hat eine am 15. Dezember 1919 in Kraft getretene Verordnung erlassen, auf Grund deren die von den Kriegsministerien, dem Kriegsamt, der Kriegsrohstoffabteilung oder den Militärbefehlshabern ausgesprochenen und den Betroffenen namentlich zugeteilten Verfügungen, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von Weißblech, aufgehoben wird.

Neue Preiserhöhung für Kupferblech. Das deutsche Kupferblechkonsortium hat die Verkaufspreise abermals, und zwar um 188 M. auf 2986 M. für den Ztr. erhöht.

Leipziger Lebermesse. Gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Vorstande der Leipziger Lebermessebörse und dem Reichsverbande deutscher Häute- und Fellhändler soll künftig die Leipziger Lebermesse jetzt am Donnerstag der ersten Woche der Mustermesse stattfinden.

Geldmarkt und Banken

Neue Banigründungen. Unter der Firma „Oberschlesischer Bankverein, Akt.-Ges." wurde in Kattowitz eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 300 000 Mk. gegründet. Als Gründer treten Vertreter der oberschlesischen Großindustrie auf, die auch im ersten Aufsichtsrat vertreten sind. Eine sofort einzuberufende erste Generalversammlung soll den Aufsichtsrat ermächtigen, eine Kapitalserhöhung bis zu 50 Millionen Mark durchzuführen. Auch in Danzig ist unter der Firma „Danziger Bank-Aktiengesellschaft" eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 300 000 Mk. gegründet worden, als deren Gründer Vertreter der Danziger Industrie fungieren, die auch im ersten Aufsichtsrat vertreten sind. Der Aufsichtsrat soll ebenfalls zur Durchführung einer Kapitalserhöhung bis zu 30 Millionen Mark ermächtigt werden.

Handels-Schrifttum

Der Großhandel in Häuten, Fellen und Gerbstoffen. Von Dr. Robert Kirchhoff. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. — Das Büchlein ist das 20. Heft einer vom Zentralverband des deutschen Großhandels herausgegebenen Heftfolge: Der Großhandel und die deutsche Volkswirtschaft. In drei Kapiteln wird unter Zugrundelegung von statistischem Material die Entwicklung unseres Großhandels in Häuten, Fellen und Gerbstoffen vor, während und nach dem Kriege, sowie die weiteren Aussichten dargelegt. Hth.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Der gestrige ziemlich empfindliche Rückschlag in den bevorzugten Werten war bei Eröffnung der Börse vollkommen ausgeglichen, die starke Kaufaufträge von kapitalkräftigen Kreisen und von Auslande vorlagen und die Spekulation veranlaßte zu Deckungskäufen und ferner auch, weil man glaubte, daß es dank der getroffenen Maßnahmen nicht zu einer Wiederholung der bellagenswerten gestrigen Vorkommnisse kommen werde. Bei angeregtem Geschäft gingen Montanwerte über ihren gestrigen Höchstkurs umcist noch hinaus, so daß die Besserungen bis zu 10 Prozent und für Harpener sogar 20 Prozent ergaben. Auch auf Schiffahrtsaktien griff die steigende Bewegung über, und hier führte Hansa mit einer 17prozentigen Steigerung, während die Steigerung für die anderen gleichartigen Werte weitaus geringer war. Wegen der erneuten Verschlechterung der Markvaluta wurden ausländische Werte kräftig gebessert, so besonders Schantung, dann aber auch amerikanische Bahnaktien und die deutschen Papiere mit Valutacharakter, wie Stenna und Deutsch-Uebersee-Aktien. Farbwerte schlossen sich der steigenden Bewegung mit Besserungen bis zu 8 Prozent an. Spezialwerte mit solchen bis zu 10 Prozent, und auch Kolonialwerte waren zumeist gebessert, wobei Südwest Westafrikaner zeitweilig den Höchstkurs erreichten. Heimische, überreichliche und ungarische Rentenwerte waren wenig verändert. Montanwerte waren nach den Vorgängen der letzten Zeit kräftig erholt, wenn auch die Kursbewegung im Verlaufe auf den im angebenden Märkten nicht überall aufrechterhalten werden konnte, so blieb doch die Grundstimmung bei angeregtem Geschäft durchaus fest.

Produktenbericht. Die Haferpreise stiegen infolge gestrigen Angebots nach weiter. Hier beobachten die Käufer zwar mehr Vorsicht, doch von ausmärts wurde viel gekauft. Für Hülsenfrüchte erhielt sich die feste Haltung. Für Peluschken und Pferdebohnen sind die Stadtgemeinden Käufer. Auch Lupinen mußten wieder teuer bezahlt werden. Heu und Stroh bedangen hohe Preise. Weiter tritte.

Auszahlungen.

Berlin, 14. Januar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	2028.50	2031.50	Oesterreich abgst.	22.70	22.90
Dänemark	964.25	967.75	Prag	76.65	76.95
Schweden	—.—	—.—	Ungarn	26.70	26.80
Norwegen	1029.25	1030.75	Spanien	1009.25	1010.75
Schweiz	959.25	960.75	Finnland	—.—	—.—
Oesterreich	26.45	26.55			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Erdöl	543.–
4½% Deutsche Schatzscheine VI–IX	73.00	Deutsche Gasglühl.	512.0.
5% Deutsche Reichsanl.	77.50	Deutsche Kali	276.–
4 " "	64.40	Deutsche Waff. u. Mun.	367.–
3½ " "	56.10	Donnersmarkhütte	284.75
3 " "	64.60	Dörlinger u. Lehrmann	171.–
4 Preuss. Konsols	64.–	Dürkoppwerke	275.–
3½ " "	56.25	Elberfelder Farben	327.–
4 Chart. Stadtanl. 09/09	—.—	Engelhard Brauerei	343.–
4 Magdeb Stadtanl. 01/06	—.—	Felten u. Guilleaume	287.–
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	102.–	Gasmotoren Deutz	165.–
4 Preuss. Centr.-Bod. Pfandbriefe	98.80	Gebhardt u. Co.	—.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—.—	Gebhardt u. König	150.50
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Gelsenkirch. Bergw.	352.–
4 " "	—.—	Glanziger Zuckerfbr.	336.25
Ausländ. Werte		Halbesche Masch.-Fabr.	498.–
4 Oesterr. Kron-Rente	24.50	Hann. Masch.	407.–
4 Ungar. Gold-Rente	65.–	Harpener Berg	334.00
4 Ungar. Kronen-Rente	22.25	Hasper Eisen	300.50
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	326.00
Halberstadt-Blankenb.	—.—	Höchster Farbw.	304.50
Halle-Hettstedter	69.00	Hoesch Eisen u. Stahl	322.25
Sehantungbahn	60.00	Hohenlohe-Werke	171.–
Allg. Lokal-Str	129.75	Humboldt Masch.	175.–
Gr. Berl. Str.	127.½	Ilse-Bergbau	405.–
Magdeburger Str.-B.	—.—	Kahla-Porzellan	415.–
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—	Kaliw. Aschersleben	297.–
Orientbahn	484.–	Körbisd. Zucker-Akt.	290.–
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	189.00
Hambg. Paketfahrt	132.–	Lahmeyer u. Co.	156.–
Hamb.-Südamerika	245.00	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—.—
Hansa-Dampfschiff	400.00	Lauchhammer	210.00
Nordd. Lloyd	150.–	Laurahütte	318.–
Banken:		Lingel. Erfurt	272.00
Bank für Thür.	138.25	Linke u Hofmann	430.00
Berl. Handelsges.	167.–	Ludwig Loewe u. Co.	380.00
Comm u. Diskontobank	138.50	Lothringer Hütte	266.–
Darmstädter Bank	128.50	Mannesmannröhren	280.00
Deus. Landesbank	110.–	Maschinenfabr. Buckau	190.–
Deutsche Bank	275.00	do. Cero Herg.	190.25
Diskonto-Comm.	187.–	do. Kokswerke	214.50
Dresdner Bank	140.00	Orenstein u. Koppel	224.–
Credit-Anst. Leipzig	144.½	Phönix Bergb.	203.75
Mitteld. Kreditbank	132.–	Rhein. Metall-Vorz.	214.75
Privat-Bank	—.—	Rhein Stahlwerken	211.50
Nationalbank	130.75	Riebeck. Montan.	244.–
Oesterr. Kredit	10.50	Rombacher Hütten	297.00
Reichsbank	144.–	Rositzer Braunk.	360.0
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	226.00
Bayerische Motoren	248.–	Siemens u. Halske	181.–
Akt. f. Anilin	280.–	Stangerhäuser Masch.	229.75
Allgem. Elektr.-Ges.	258.½	Stettiner Vulkan	181.–
Ammendorfer Papierf.	300.00	Stollberger Zinkh.	291.50
Anhalter Kohlenwerk	245.–	Stralsk. Spielkarten	132.–
Annaberger Steingut	279.–	„Terra", Samen-A.-G.	200.–
Badische Anilin	489.75	Thale-Eisenhütte	345.–
Bergmann-Elekt.-Akt	210.50	Tripti-Akt.-Ges.	212.00
Berl. Masch.-Bau	255.–	Türkische Tabakregie	—.—
Bismarckhütte	356.–	Ver. Köln-Rottweiler	268.½
Bochumer Gußstahl	365.–	Glanzstoff Elberf.	840.–
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Westeregeln-Alkali	174.50
Chem. Grieshein	232.50	Wittener Gußstahl	332.–
Chem. v. Heyden	8.00	Wrede-Mälzerei	112.–
Consolidation Schalke	304.–	Zeitzer Masch.	248.–
Cröllwitzer Papierfabr.	—.—	Zellstoff Waldhof	311.–
Daimler-Motoren	275.–	Otavi-Minen	320.–
Deutsch Luxemburg	247.25		
Deutsche Tiefbohr-Gl.	732.50		

Tendenz:

Gewinn-Auszug

der

15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 1. Ziehungstag. 13. Januar 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Bei der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 5000 M 101383
2 Gewinne zu 1000 M 139633
6 Gewinne zu 500 M 3 87001 160624
4 Gewinne zu 400 M 60682 195066
19 Gewinne zu 300 M 27610 88248 104090 169749 180189
30 Gewinne zu 200 M 6637 8312 44173 49153 49794 92317 110777 118747 126629 122684 127389 130319 201573 203841 210582
62 Gewinne zu 100 M 1199 22314 25067 27025 32526 46499 48882 50519 54581 59195 59345 60552 60893 64541 65080 69950 91057 97029 97068 98072 102771 109157 110714 113325 118023 128943 129730 137094 143361 147205 152720 155931 157732 160755 162124 163550 171899 183162 183274 186818 190237 197008 274846 209633 209876 210876

Bei der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 30000 M 179474
2 Gewinne zu 3000 M 60325
2 Gewinne zu 500 M 76642
4 Gewinne zu 400 M 12686 190408
22 Gewinne zu 300 M 35231 51868 59351 60644 74854 123124 135500 154418 159939 191192 192001
20 Gewinne zu 200 M 33088 50956 62332 72710 122537 129048 149863 158529 171241 186274
78 Gewinne zu 100 M 2729 4977 12103 13298 18545 23246 42939 47016 47155 49279 49768 53587 60118 61022 61653 74813 75315 90688 111319 113110 113241 127704 135653 138715 146712 152554 154409 173827 175259 177223 178191 188669 199374 206285 207631 208932 210248 213081

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Schlüter; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: L. R. Erich Geißleben.
Anzeigenleiter: Paul Gerken; Gesetzlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001151-19/fragment/page=0004